

Megatrends wie der Klimawandel, die Ressourcen- und Trinkwasserknappheit und die Verringerung der Biodiversität stellen die Gesellschaft vor eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Zur Begegnung dieser Entwicklungen wurde im Rahmen des europäischen „Grünen Deals“, welcher unter anderem die Klimaneutralität der Europäischen Union bis 2050 vorsieht, am 8. März 2018 der EU-Aktionsplan zur Finanzierung nachhaltigen Wachstums vorgestellt. Neben der Förderung der Transparenz und Langfristigkeit von Finanz- und Wirtschaftstätigkeiten sowie dem adäquaten Umgang mit Nachhaltigkeitsrisiken sieht dieser als Hauptziel die Lenkung der Kapitalflüsse in nachhaltige Investitionen vor. Zu diesem Zweck wurde am 18. Juni 2020 die EU-Taxonomie-Verordnung erlassen, die ein Klassifizierungsschema zur eindeutigen und einheitlichen Bestimmung nachhaltiger Wirtschaftsaktivitäten festlegt.

Das Ziel der zu erstellenden Seminararbeit besteht in der Darstellung der EU-Taxonomie-Verordnung. Dabei ist zunächst auf deren politischen Hintergrund und Ziele einzugehen, bevor eine nähere Erläuterung des Anwenderkreises sowie des Inhalts erfolgen soll. Im Weiteren sind die Auswirkungen der EU-Taxonomie-Verordnung auf die nichtfinanzielle Berichterstattung zu erörtern. Die Arbeit ist mit einer kritischen Würdigung sowie einem kurzen Ausblick auf die weitere Entwicklung abzuschließen.

Einstiegsliteratur:

Borcherding, N./Seufert, J. (2021): Green and more: Die Taxonomie-Verordnung der EU – Erleichterungen nach Art. 10 des Delegierten Rechtsakts vom 06.07.2021, in: Die Wirtschaftsprüfung (WPg), Jg. 74, Heft 16, S. 1009-1011.

Lanfermann, G./Götze, M. (2021): Darstellung des Transitionsgeschehens bei Unternehmen innerhalb der EU-Taxonomie zu grünen Wirtschaftstätigkeiten, in: Der Konzern, Jg. 16, Heft 5, S. 180-187.

Lanfermann, G./Scheid, O. (2021): Anwendung der EU-Taxonomie zu grünen Wirtschaftsaktivitäten, in: Der Betrieb, Jg. 74, Heft 15, S. 741-748.

Rieth, L./Schmidt, M. (2021): Green and more: Erstmalige Umsetzung der Sustainable-Finance-Taxonomie – Praxiserfahrung bei EnBW, in: Die Wirtschaftsprüfung (WPg), Jg. 74, Heft 12, S. 769-771.

Scheid, O./Baumüller, J. (2021): Die Berichtspflichten zu Art. 8 der Taxonomie-Verordnung –Konkretisierung der Berichtsanforderungen zu den sog. „Taxonomie-Quoten“ durch einen neuen delegierten Rechtsakt, in: NWB Unternehmenssteuern und Bilanzen (StuB), Jg. 19, Heft 17, S. 686-692.

VO (EU) Nr. 2020/852 (2020): Verordnung (EU) Nr. 2020/852 des europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2020 über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/2088 in ABl. EU Nr. L 198/13 vom 22.6.2020.

Die Richtlinie (EU) 2017/828 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2017 hat das Ziel, die Mitwirkungsmöglichkeiten von Aktionären börsennotierter Gesellschaften zu verbessern und damit Aktionärsrechte insgesamt zu stärken.

Die EU-Richtlinie richtet sich an den nationalen Gesetzgeber und ist von diesem in nationales Recht umzusetzen, was in Deutschland durch das Gesetz zur Umsetzung der zweiten Aktionärsrechterichtlinie (ARUG II) vom 12. Dezember 2019 erfüllt wurde. Das Gesetz ist am 1. Januar 2020 in Kraft getreten, es sind jedoch nicht alle Neuregelungen bereits ab dem 1. Januar 2020 anzuwenden. Dies gilt beispielsweise für den Bereich neuer Vergütungsberichte nach § 162 AktG, der erstmals für das nach dem 31. Dezember 2020 beginnende Geschäftsjahr anzuwenden ist.

Ziel der zu erstellenden Seminararbeit ist es, zunächst einleitend einen Überblick über den Anwendungsbereich und die wesentlichen Themenfelder des ARUG II zu geben. Anschließend soll detailliert auf die Neuregelungen im Bereich Vergütungsrecht bei börsennotierten Gesellschaften eingegangen werden. Der Fokus soll hierbei insbesondere auf dem neuen, jährlich zu erstellenden, aktienrechtlichen Vergütungsbericht liegen, gleichzeitig soll jedoch auch auf den Beschluss der Hauptversammlung zum Vergütungssystem („say-on-pay“) sowie auf die Änderungen bei der Ausgestaltung des Vergütungssystems selbst eingegangen werden. In diesem Zusammenhang soll auch eine Gegenüberstellung mit dem bisher geltenden Recht vorgenommen werden, um die Änderungen klar herauszuarbeiten. Dabei sollen ebenfalls die Änderungen bei der Prüfung des Vergütungsberichts durch den Abschlussprüfer berücksichtigt werden. Die gewonnenen Erkenntnisse sind abschließend kritisch zu würdigen.

Einstiegsliteratur:

- ARUG II* (2019): Gesetz zur Umsetzung der Aktionärsrechterichtlinie vom 12. Dezember 2019, in: BGBl. I S. 2637, abrufbar im Internet unter URL: https://www.bmj.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/DE/Aktionaersrechterichtlinie_II.html (Stand: 05. Januar 2022).
- Götz, A./Stahl, M.* (2021): Vorstandsvergütung im DAX und MDAX 2020 sowie Analyse der Vergütungssysteme nach ARUG II und DCGK im DAX, in: *Corporate Finance*, o. Jg., Heft 9-10, S. 309-313.
- Heun, S.* (2021): Neue Regeln für die Vorbereitung der Hauptversammlung durch das ARUG II: Eine erste Bewertung aus Perspektive der Praxis, in: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht*, Jg. 75, Heft 29, S. 1412-1418.
- Höreth, M.* (2020): Fahrplan zum ARUG II – Zahlreiche Termine, die es zu beachten gilt, in: *Going Public Magazin*, Sonderheft „Corporate Finance Recht“, o. Jg., S. 64-65.
- Lüdenbach, N.* (2020): Vergütungsbericht und sonstige abschlussnahe Regelungen des ARUG II, in: *Unternehmenssteuern und Bilanzen*, o. Jg., Heft 1, S. 1-3.
- Noack, U.* (2019): Neue Regularien für die Hauptversammlung durch das ARUG II und den Corporate Governance Kodex 2020, in: *Der Betrieb*, Jg. 72, Heft 50, S. 2785-2791.
- Orth, C./Oser, P./Philippsen, K./Sultana, A.* (2019): ARUG II: Zum neuen aktienrechtlichen Vergütungsbericht und sonstigen Änderungen im HGB – Erstellung, Prüfung und Offenlegung des Vergütungsberichts, in: *Der Betrieb*, Jg. 72, Heft 51-52, S. 2814-2821.
- Richtlinie 2017/828/EU* (2017): Richtlinie 2017/828/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2017 zur Änderung der Richtlinie 2007/36/EG im Hinblick auf die Förderung der langfristigen Mitwirkung der Aktionäre, in: *ABl. EU* Nr. L 132/1 vom 20.05.2017.
- Stöber, M.* (2020): Neuerungen im Aktienrecht durch das ARUG II, in: *Deutsches Steuerrecht*, Jg. 58, Heft 8, S. 361-408.

Thema 03 (Betreuer: Maximilian Lupberger, M. Sc.)

Daten als Vermögenswerte? Eine Analyse der Bilanzierungsfähigkeit von Daten gemäß HGB

Aus einem technischen Entwicklungsfortschritt der letzten Jahre wurde die bestehende Ökonomie in einer beträchtlichen Weise durch die Digitalisierung verändert und neu erfunden. Mit Sicherheit kann die Digitalisierung hieran auf einer Stufe mit bedeutsamen sozialökonomischen Vorgängen wie der industriellen Revolution gestellt werden. Statt einer Dampfmaschine werden Softwareprogramme genutzt, die im virtuellen Raum des Internets Marktteilnehmer weltweit verknüpfen und enorme Datenmengen übertragen können. Der technische Fortschritt umfasst dabei sämtliche Wirtschaftsbereiche vom Einzelhandel über Transport und Logistik, der Finanzbranche, der Fertigung und der Agrarwirtschaft, der Ausbildung bis hin zu Bereichen der Gesundheit, Rundfunk und Medien. Aufgrund dessen, dass die Digitalisierung alle Wirtschaftsbereiche beeinflusst, ist es schwer, diese von der „klassischen“ Ökonomie abzugrenzen, und wird somit immer mehr zur Ökonomie selbst. Dabei umfasst sie sowohl sämtliche Unternehmen mit „klassischen“ Geschäftsmodellen, deren Geschäftsprozesse wesentlich durch neue Technologien unterstützt wird und deren Wertschöpfungsketten durch die Digitalisierung beeinflusst sind, als auch Unternehmen, die mit Internetdienstleistungen und virtuellen Gütern handeln. Im Verlauf der vergangenen Dekaden wurden Daten jedoch nicht immer dem heutigen wirtschaftlichen Stellenwert beigemessen. Aufgrund der zuvor beschriebenen Entwicklungen können Daten somit, neben den Produktionsfaktoren Kapital, Arbeitskraft und Rohstoffe, als vierter Produktionsfaktor benannt werden – zumindest in der digitalen Welt.

Ziel der zu erstellenden Seminararbeit ist es zunächst die Grundlagen von Daten darzustellen. Hierbei sollen die verschiedenen Eigenschaften von Daten und deren schematischen Verarbeitungsprozess im Unternehmen kurz erläutert werden. Anknüpfend hieran ist darauf einzugehen, wie mit Daten bei der Bilanzierung im Jahresabschluss nach HGB umzugehen ist. Es ist gilt zu eruieren, inwiefern Daten der Definition eines Vermögensgegenstandes entsprechen könnten und einer Bilanzierungspflicht bestehen könnte. Es ist eine ergebnisoffene Diskussion zu führen, welche mit einem Ausblick und einer kritischen Würdigung des Verfassers abschließt.

Einstiegsliteratur:

Baetge, J./Kirsch, H.-J./Thiele, S. (Hrsg.) (2022): Bilanzrecht – Handelsrecht mit Steuerrecht und den Regelungen des IASB – Kommentar; Loseblattausgabe, Stand: Januar.

Coenenberg, A. G./Haller, A./Schultze, W. (2021): Jahresabschluss und Jahresabschlussanalyse – Betriebswirtschaftliche, handelsrechtliche, steuerrechtliche und internationale Grundlagen – HGB, IAS/IFRS, US-GAAP, DRS, 26. Auflage, Stuttgart.

Grottel, B./Schmidt, S./Schubert, W. J./Störk, U. (Hrsg.) (2020): Beck'scher Bilanz-Kommentar – Handels- und Steuerbilanz, 12. Auflage, München.

Kirsch, H. (Hrsg.) (2021): Rechnungslegung – Aufstellung, Prüfung und Offenlegung des Jahresabschlusses – Kommentar, Loseblattausgabe, Stand: Oktober

Kristl, S. (2020): Fahrzeugdaten – Erfassung im Konzern- und Einzelabschluss, in: Die Unternehmensbesteuerung, Jg. 13, Heft 12, S. 706-715.

Dusemond, M./Kütting, P./Weber, C.-P./Wirth, J. (Hrsg.) (2021): Handbuch der Rechnungslegung Einzelabschluss – Kommentar zur Bilanzierung und Prüfung, Loseblattausgabe, Stand: Dezember.

Schwarz, A. M. (2019): Die handels- und steuerrechtliche Behandlung von Daten – Unter besonderer Berücksichtigung von verrechnungspreislichen Aspekten im internationalen Konzernverhältnis, Bern.

Vögele, A. (Hrsg.) (2021): Intangibles – Immaterielle Werte, 2. Auflage, München.

Zechmann, A. (2018): Nutzungsbasierte Datenbewertung - Entwicklung und Anwendung eines Konzepts zur finanziellen Bewertung von Datenvermögenswerten auf Basis des AHP, Dissertation, St. Gallen.

Thema 04 (Betreuerin: Hanna Mayer, M. Sc.)

**Beurteilung der Werthaltigkeit von Beteiligungen im handelsrechtlichen
Jahresabschluss nach dem Discounted-Cash-Flow-Verfahren**

Beteiligungen fallen auf der Aktivseite der Bilanzen vieler Unternehmen besonders ins Gewicht, da sich Unternehmen aufgrund des immer weiter steigenden Konkurrenzdrucks, der schnelleren Entwicklungsprozesse und der Globalisierung stetig weiterentwickeln müssen. Für eine erfolgreiche Entwicklung des Geschäftsbetriebs ist dabei oft die Herstellung einer dauernden Geschäftsverbindung zu anderen Unternehmen nötig, um beispielsweise Knowhow oder moderne Produktionstechniken hinzuzugewinnen.

In der Bilanz werden diese Beteiligungen unter den Finanzanlagen ausgewiesen und stellen nicht abnutzbare Vermögensgegenstände dar. Dennoch muss die Werthaltigkeit dieser jährlich geprüft werden, da bei einer dauernden Wertminderung eine außerplanmäßige Abschreibung vorzunehmen ist. Im Falle einer vorübergehenden Wertminderung räumt das HGB ein Abschreibungswahlrecht auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert ein. Vor diesem Hintergrund gehört die Bewertung solcher Beteiligungen zu einer der Aufgaben, mit welcher sich sowohl Berater als auch Prüfer immer wieder auseinandersetzen müssen. Allerdings gehört diese Aufgabe auch zu den wohl schwierigsten betriebswirtschaftlichen Themenkomplexen, da der Unternehmenswert an den Zukunftserfolgswert anknüpft. Der Gesetzgeber gibt zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts einer Beteiligung keine konkreten Vorschriften. Wenn vorhanden, kann der beizulegende Zeitwert aus dem Börsen- und Marktpreis abgeleitet werden. Da dies regelmäßig nicht der Fall ist, ist der beizulegende Zeitwert i.d.R. aus dem Ertragswert oder dem Discounted-Cash-Flow-Verfahren nach IDW S 1 abzuleiten.

Das Ziel der zu erstellenden Seminararbeit ist es, ein Verfahren nach IDW S 1 zur Ermittlung des Unternehmenswerts darzulegen. In diesem Rahmen ist zunächst der Beteiligungsbegriff abzugrenzen. Anschließend soll ein Bewertungsverfahren genauer erläutert werden. Dabei kann insbesondere auf die Prognose der künftigen finanziellen Überschüsse und den Kapitalisierungszinssatz eingegangen werden. Die behandelten Sachverhalte sind abschließend mit Blick auf die Umsetzung in der Praxis kritisch zu würdigen.

Einstiegsliteratur:

- Anzinger, H. M.* (2016): Dauerniedrigzins bei Bilanzierung, Unternehmensbewertung und - Besteuerung (Teil I und II), in: Deutsches Steuerrecht, Jg. 54, Heft. 30 und 31, S. 1705-1773 und S. 1829-1836.
- Deubert, M./Lewe, S.* (2019): Einzelfragen der Beteiligungsbewertung nach HGB, in: Betriebs-Berater, Jg. 74, Heft 37, S. 2155-2159.
- IDW RS HFA 10* (2021): IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Anwendung der Grundsätze des IDW S 1 bei der Bewertung von Beteiligungen und sonstigen Unternehmensanteilen für die Zwecke eines handelsrechtlichen Jahresabschlusses (IDW RS HFA 10), Düsseldorf.
- IDW S 1* (2016): IDW Standard: Grundsätze zur Durchführung von Unternehmensbewertungen (IDW S 1 i.d.F. 2008), Düsseldorf.
- Pfirman, A./Lorson, P./Hell, C./Metz, C.* (2020): § 253 HGB Zugangs- und Folgebewertung, in: Dusemond, M./Küting, P./Weber, C.-P./Wirth, J. (Hrsg.), Handbuch der Rechnungslegung-Einzelabschluss, Kommentar zur Bilanzierung und Prüfung, Loseblattausgabe, Stand: Mai.
- Zwirner, C./Zimny, G.* (2017): Hinweise zur Vermeidung von Fehlern bei der Beteiligungsbewertung im handelsrechtlichen Jahresabschluss, in: Betriebs-Berater, Jg. 72, Heft 17, S. 942-946.
- Zwirner, C./Zimny, G.* (2020): Herausforderungen für die Unternehmensbewertung durch die Corona-Pandemie, in: Board – Zeitschrift für Aufsichtsräte in Deutschland 2020, Heft 6, S. 235-239.

Thema 05 (Betreuer: Dennis Ramm, M.Sc.)

Die Berichterstattung über Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen nach IAS 24 – Eine empirische Analyse der DAX 30-Unternehmen

Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen sind gängige Praxis, da Unternehmen regelmäßig einen Teil ihrer Geschäftstätigkeit über Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen oder assoziierte Unternehmen abwickeln. Aufgrund der zum Teil fehlenden Interessensgegensätze besteht zwischen nahestehenden Parteien die Gefahr, dass diese Transaktionen abschließen, welche sie mit fremden Dritten nicht tätigen würden oder dass diese Geschäfte nicht zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossen werden. Um die Abschlussadressaten auf solche, den Jahresabschluss eines Unternehmens möglicherweise verzerrenden Effekte, aufmerksam zu machen, sieht IAS 24 „Angaben über Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen“ Berichterstattungspflichten vor, welchen die Unternehmen im Anhang des Jahresabschlusses nachkommen müssen.

Bisherige empirische Untersuchungen kamen zu dem Ergebnis, dass die von den Unternehmen veröffentlichten Angaben heterogen und zum Teil nicht transparent und nachvollziehbar für die Abschlussadressaten sind. Auch die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung e. V. stellt im Rahmen ihrer jährlichen Untersuchungen fest, dass die Angaben über Beziehungen und Transaktionen mit nahestehenden Unternehmen und Personen regelmäßig eine der häufigsten Fehlerarten im Anhang darstellen.

Ziel der zu erstellenden Seminararbeit ist es, die Vorschriften zur Berichterstattung über Beziehungen und Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen nach IAS 24 darzustellen. Anschließend soll im Rahmen einer empirischen Analyse für den DAX 30 die Berichterstattung über Beziehungen und Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen im Konzernanhang untersucht werden. Dabei soll sowohl auf die Umsetzung der normativen Vorschriften durch die Unternehmen als auch auf den Umfang und die Ausgestaltung der Berichterstattung eingegangen werden. Für die empirische Analyse sind die Konzernabschlüsse für das Geschäftsjahr 2020 jener Unternehmen heranzuziehen, welche zum 31.12.2020 im DAX notiert sind.

Einstiegsliteratur:

IAS 24 (2013): International Accounting Standard 24 „Related Party Disclosures“ (1984) (revised 2013), zuletzt geändert durch „Annual Improvements to IFRSs 2010-2012 Cycle“, London.

Engelen, C./Drefahl, C. (2013): Berichterstattung und Determinanten der Geschäfte mit nahe stehenden Personen nach IAS 24: Empirischer Befund der HDAX- und SDAX-Unternehmen, in: Zeitschrift für internationale und kapitalmarktorientierte Rechnungslegung, Jg. 13, Heft 10, S. 460-468.

Küting, K./Seel, C. (2008): Die Berichterstattung über Beziehungen zu related parties, in: Zeitschrift für internationale und kapitalmarktorientierte Rechnungslegung, Jg. 8, Heft 4, S. 227-235.

Lüdenbach, N./Hoffmann, W.-D./Freiberg, J. (2021): § 30 Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen, Haufe IFRS-Kommentar, 19. Auflage, Freiburg, München, Stuttgart.

Hinweis:

Dieses Seminarthema ist für Studierende, die im WS 2021/2022 das Thema „Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen – Berichterstattung und aktuelle Entwicklungen“ bearbeitet haben, nicht wählbar.